

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 70 Pfg., durch die Post vierteljährlich 2.10 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Uringen, Bierstadt, Breckenheim, Delfenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinpaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 137.

Donnerstag den 21. November 1918.

18. Jahrgang.

Wählerin und Wähler!

Am 2. Februar ist Landtags-Wahl.

Sie sollen in Bälde am 2. Februar an die Wahlurne treten, um über das Geschick der kommenden Generation ein grundlegendes Wort zu sprechen; zu sprechen mit Hilfe des Stimmzettels!

Ein jeder, der das 20. Lebensjahr zurückgelegt hat, Frau oder Mann, ohne irgendwelchen Unterschied als den der persönlichen Ehrbarkeit, ausgedrückt durch das Fehlen entehrender Strafen, hat zu wählen. Die Wählerzahl wird dadurch verdoppelt. Die Frauen treten zum ersten Male an diese erhabene staatsbürgerliche Pflicht heran, und die Partei erwartet unbedingt, daß jede von ihnen trotz ihrer bisherigen Fernhaltung von der Politik und von der Wahl ihre Schuldigkeit tut, auch die häuslichsten aller Hausfrauen! Die Frau wird den Ausschlag geben, weil sie heute die Mehrheit im Deutschen Reiche hat.

Gerade wegen ihrer Wahlbeteiligung ist der Wahlausfall so sehr schwer abzuschätzen. Und es wird eine Mischung von Einflüssen aller Art auf die Frau einwirken; man wird von allen Seiten versuchen, ihre Stimmung durch kleinliche Nebenfragen zu verwirren und sie für dieses oder jenes Programm einzufangen. Da gilt es für sie, das Ziel fest im Auge zu behalten und unbeirrt durch Nebenbetrachtungen, große entscheidende Punkte der Weltanschauung zu vertreten und ihren Idealen den Sieg sichern zu helfen.

Es geht aufs Ganze diesmal. Nicht eine gewöhnliche Wahl, bei der das nächste Mal unter Umständen wieder gutgemacht werden kann, was diesmal vernachlässigt wurde. Was heute vernachlässigt wird, das kann überhaupt nie mehr wieder gutgemacht werden; denn das Parlament, das dieses Mal gewählt werden soll, ist die „Constituante“, dasjenige Parlament, das die Grundgesetze: Verfassung usw., des Reiches für das nächste Menschenalter und darüber hinaus legen soll. Es ist klar, daß ein Parlament mit derartig großen Aufgaben unbedingt aus der Willensklärung aller, ausnahmslos aller Wahlberechtigten hervorgehen muß. Wer da fehlt, verfehlt auf das Recht für sein ganzes Leben, irgendwelchen Einspruch gegen die kommenden Dinge zu erheben; denn er hat ja gefehlt, als die Richtung der Weltgeschehnisse bestimmt wurde, er hat nicht mit am Steuerstand gestanden, als es galt, das deutsche Reichsschiff auf den Kurs zu winden, den es gehen soll.

Entscheidungsgaranten gibt's nicht mehr! Früher konnte man sich wohl drücken. „Auf meine Stimme kommt es nicht an.“ Meistens war das tatsächlich der Fall. Daß nie nach es sich um eine Stimme, fast nie um wenige, fast immer wurde der Sieg mit mehreren hundert Stimmen versprochen. Und meistens war das auch vorauszusehen. Also warum da so ängstlich sein? Und warum sich beeilen dort, wo die Wahlteilnahme vielleicht von vornherein nutzlos war, in Winderbeitzbezirken? Da galt es ja doch nur eine Art zwanglosen Appells der Parteifreunde zu veranstalten, um zu erfahren, wie stark die Partei sei. Das wird künftig alles anders werden. Jede Stimme wird vermöge der Verhältniswahl wirksam werden, auch wenn sie ganz allein in einem „andersfarbigen“ Bezirk aufsteht. Näheres darüber wird sich aus dem Wahlgeseh, das ja inzwischen ausgearbeitet worden ist, zu ergeben sein. Auf jeden Fall kann in Zukunft keine Stimme unwirksam abgegeben werden. Wer da zurückbleibt, der verläßt sich an seinen Idealen, der tritt seine Interessen mit Füßen und zieht sich den Fluch der kommenden Generation zu, die unter dem Schatten des Reichsdachges leben muß, dessen Art und Wesen durch diese Wahl der konstituierenden Nationalversammlung bestimmt wird.

Darum rufe schon ein jeder für die Wahl! Suche jede Wählerin ihre Freundin, jeder Wähler seine Freunde und Bekannten zur aktiven Teilnahme zu veranlassen.

Wie das neue Wahlgeseh aussehen wird.

Der „Vorwärts“ meldet, daß das neue Wahlgeseh im Entwurf fertiggestellt ist, daß aber Änderungen natürlich noch möglich sind. Der Entwurf sieht, wie verlautet, Wahlkreise mit 150000 Einwohnern vor. Für das ganze Reichsgebiet wird die Verhältniswahl eingeführt in ähnlicher Weise, wie das vom Reichstag für einige Großstädte beschlossen war. Es soll also auch die Verbindung von Wahlvorschlägen möglich sein. Erfahrungsgemäß gibt es nicht mehr. Beim Auscheiden eines Mitgliedes rückt der nächste auf der Liste auf. Die Wählerlisten sind am 2. Januar anzulegen. Einsprüche sind bis zum 11. anzubringen und bis zum 25. zu erledigen. Ueber die nachträgliche Aufnahme von Militärpersonen, die im Januar heimkehren, soll eine besondere Verordnung ergehen. Die Wahlen sollen dann, wie schon gemein-

det, am 2. Februar vor sich gehen. Das Verfahren ist wie bei der Reichstagswahl, nur daß diesmal Männer von 20 bis 25 Jahren und Frauen über 20 Jahre mitwählen.

Für den Fall, daß Deutschland dem Eintritt in die Deutsche Republik wünscht, soll seinen Abgeordneten der Beitritt zur Nationalversammlung entsprechend den allgemeinen Regeln offenstehen.

Wie wird die „Constituante“ aussehen?

Unsicherheit auf allen Seiten.

In der Regierung herrschen starke Gegensätze in bezug auf die Wahlen zur „Constituante“, zur verfassungsgebenden Nationalversammlung. Nach alten demokratischen Grundsätzen ist diese Versammlung sofort nach einer Revolution zu berufen, damit das neue, durch die Revolution geschaffene Volkshaus sogleich wirklich im Sinne der „Selbstbestimmung“ eingerichtet werde.

In Rußland haben weder die Kerenski-Deute nach der ersten Revolution, noch die Leute um Lenin, die Bolschewiki, nach der zweiten, die Einberufung der Nationalversammlung für angebracht gehalten, weil sie befürchteten, daß die Wahlen eine erbärmliche Mehrheit gegen die Regierung des Industrie-Proletariats ergeben würde.

Ähnliches befürchtet die unabhängige Sozialdemokratie ebenso wie die Regierung auch für Deutschland, und der Termin der Wahlen soll soweit wie möglich hinausgeschoben werden, damit man Zeit gewinnen für die vorherige Vermittlung der Entzignung des Privateigentums, soweit das in der Eile möglich ist.

Ob diese Befürchtung vor einer bürgerlichen Mehrheit gerechtfertigt ist?

Einige Zahlen: Infolge der Ausdehnung des Wahlrechts auf Personen beiderlei Geschlechts und durch die Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre wird sich die Zahl der Wähler außerordentlich vermehren. Nach dem Reichstagswahlrecht waren bisher etwa 13 000 000 Millionen Wähler vorhanden. Man rechnet damit, daß es für die Nationalversammlung an die 33 000 000 sein werden.

Wie die neuen Wähler wählen werden, ist sehr ungewiß. Miguel, der alte Demokrat, sagte seinerzeit: „Wer mit 20 Jahren kein Demokrat ist, der ist ein Dummkopf, und wer es mit 40 Jahren noch ist, der ist ein Esel.“ Der Sturm und Drang der Jugend geht jedenfalls nach links, und darum wird sich die Regierung auf einen prozentual größeren Anteil der jugendlichen Wähler Hoffnung machen dürfen.

Bei den Frauen liegen die Dinge ähnlich. Sie haben sich politisch bisher nicht betätigt. Sie werden den wahrscheinlich vorgegebenen Wahlzettel als eine Belastigung ansehen und darum bei der Wahl ihrer Unzufriedenheit Ausdruck geben wollen.

Und nun die bisherigen Zahlen. Von den 13 Millionen Wahlberechtigten stimmten in der Hauptwahl 1912:

1 126 270	konfessionell
367 156	reichsparteilich-freiw.
1 662 670	nationalliberal
1 497 041	linksliberal
51 898	reformparteilich
304 557	für die wirtschaftliche Vereinigung
1 096 848	für das Zentrum
4 250 399	sozialdemokratisch
829 103	polnisch, lothringisch usw.

Wenn man dieses selbe Verhältnis für die kommenden Wahlen zur Nationalversammlung anlegt, liegen die Aussichten des Sozialismus auf eine Mehrheit nicht gut. Es fragt sich nur, inwieweit der Krieg die Massen umgestimmt hat, inwieweit die neuen Wähler und Wählerinnen das Bild verändern werden.

Gegen Steuerhinterziehungen.

Wacht der Staat und Vertuschung vor den neuen Einkünften.

Das, was dem deutschen Volke an Steuerbelastung bevorsteht, ist so furchtbar, daß es in der Weltgeschichte nicht seinesgleichen hat. Dazu kommt, daß die sozialistische Regierung unter dem Joange der Wahlstimmen die unteren Steuerstufen bis weit hinauf von Steuern möglichst freilassen wird. Dasie außerdem indirekte Steuern ablehnt, muß jedes Einkommen von 10 000 Mk. mit mindestens 50 Prozent Steuerabgabe, jedes höhere entsprechend schärfer, bestimmt werden, das alles, sofern und die Feinde nicht noch eine ruhe Kriegerentschädigung aufzuweisen. Das einzige Bewerbe, das noch höhere Einkommen ermöglichen wird, wird das der Börsen- und Untertreppenschieber sein, denen die einzelnen Gewinne nicht nachzuweisen sein werden.

Es ist klar, daß die Besteuerung...

in ihren Besitz zu erwarten haben, sich zu decken suchen werden. Besonders jene Elemente werden dabei besonders eifrig sein, die an sich nicht zum deutschen Vaterlande gehören, jene internationalen Schichten, die in diesem Kriege zwischen den verschiedenen Ländern hin und her gegaunert haben. Diese Elemente haben ihre Gelder zum Teil in Deutschland, zum Teil im Auslande angelegt. Heute, da das deutsche Militär das Spiel verloren hat, haben sie natürlich das dringende Bedürfnis, diese Vermögen im Ausland zu verlegen. Diese Vermögen im Ausland zu verlegen, das ist die Aufgabe der Steuerhinterzieher. Ihnen hat man im vorigen Jahre bereits das Vorhaben zu erschweren versucht, aber lächerlos sind diese Bestrebungen natürlich nicht zu erfassen.

Immerhin wirkt das Gesetz so, daß man sich auf Verleihen im Inlande verlegt. Das mobile Kapital hat dazu ja unbegrenzte Möglichkeiten. Aber auch das halbmobile, in Gesellschaften angelegte Kapital hat sich in dieser Hinsicht allerlei geleistet. Ihnen allen soll das Handwerk gelegt werden.

Der Reichsschatzsekretär Schiffer droht:

„Wenn jetzt noch Bargeld und Noten gehamstert werden, insbesondere von den Leuten, die Kriegsanleihebesitzer verkauft haben, um das Geld zu thesaurieren, so kann es sich meiner Ueberzeugung nach bei dem Motiv dazu nur noch um Steuerhinterziehung handeln. Ich erkläre ihnen schon heute, daß ich gegen die Steuerhinterziehung in jeder Form mit der äußersten Schärfe vorgehen werde. Das Steuerfluchtgesetz, das die Verschiebung von Geldern und Effekten ins Ausland verhindern soll, war nur ein Anfang; ihm werden entsprechende Maßnahmen für das Inland folgen. Unser Volk hat ein Anrecht darauf, daß die Verteilung der finanziellen Lasten nach dem Prinzip der Gerechtigkeit ganz rücksichtslos und gleichgültig, ob es sich um hoch oder niedrig handelt, durchgeführt wird.“

In der der Regierung nahestehenden Presse wird das Thema weiter behandelt, im „Vorwärts“ insbesondere vom Gesichtspunkte der

Erfassung der Kriegsgewinne.

„Viele Betriebe der Industrie, des Handels, Gewerbes und der Landwirtschaft haben große Ueberverdienste erzielt, wie allgemein bekannt ist. Ein großer Teil dieser Ueberverdienste ist in Neubauten, Maschinenanlagen, Grundstücken, in Form von Abschreibungen, Rückstellungen u. a. m. festgelegt. Vor der Höhe dieser Summen hat die Allgemeinheit keine Ahnung. Die Einziehung dieser Ueberverdienste, nicht der angemessenen Verdienste, dürfte sich als unmöglich erweisen, da sie fest angelegt oder an die Teilhaber verteilt sind. Nur in einzelnen Fällen dürfte eine Einziehung der Ueberverdienste noch möglich sein. Wo eine Vereinzelnung nicht möglich ist, könnten dem Staat Anteile in Höhe der Ueberverdienste bei den Betrieben gegeben werden; die Anteile müßten natürlich sichergestellt werden. Vandalen, die aus Ueberverdiensten erworben sind, können für Kolonisation herangezogen werden. Man halte nicht entgegen, daß die Summen sich nicht feststellen lassen; diese Möglichkeit ist ohne tiefsten Beamtenkörper gegeben. Stellen, die ähnlich gelagert sind, bestehen bereits und arbeiten zum Wohl der Allgemeinheit in zufriedenstellender Weise. Kriegsgewinn- oder ähnliche Steuern sind zwecklos, da sie doch wieder abgewälzt werden, und für alle Staatsaufträge hat der Staat diese Steuern wieder auf sich zu nehmen.“

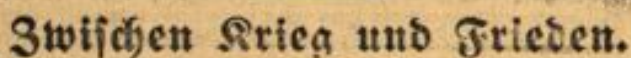
Eine offizielle Meinung der Regierung gibt es nicht. Ein Manifest hat das Privateigentum gegen Eingriffe Privater garantiert, soweit die Macht dazu reicht. Ueber Staatseingriffe sind sicher zu erwarten. Die Unabhängigen fordern noch vor der Einberufung der Nationalversammlung die Verstaatlichung aller dafür „reifen“ Betriebe, also aller jener Betriebe, deren Wesenart und feste Organisation es auch einige Jahre ohne ernstlichen Schaden gestattet, daß jemand, der nichts davon versteht, den Generaldirektor spielt. Eine erhebliche Vermögensbeschlagnahme gehört weiterhin zu dem offen ausgesprochenen Programm der Unabhängigen, während die „Offiziellen“ um Ebert sich darüber nicht aussprechen.

Trennung von Kirche und Staat.

Käuflichkeit des Kirchenvermögens.

Das Organ der Zentrumsfraktionen des Reichstags und Landtags, die „Germania“, schreibt: „Die Trennung von Kirche und Staat gebietet Adolf Hoffmann nun praktisch durchzuführen. Wie wir zuverlässig hören, beabsichtigt er, vom 1. April 1919 ab die Zahlung der Kultusgelder einzustellen, was natürlich zur Folge haben wird, daß die Geistlichkeit, soweit sie in staatlichen Gebäuden wohnt, auch diese verlassen muß. Das preussische Kultusministerium wird ferner der Gedanke erwogen, das Besitztum der Klöster zu säkularisieren. Zu diesem anderen Plan, von dem wir erst etwas hören, wird natürlich noch einiges kommen.“

„Eine solche Maßnahme wäre ein großer Schlag gegenüber den Gefühlen der Katholiken und Protestanten. Wir vermögen nicht zu erkennen, daß die gegenwärtigen Zeitläufte, in denen es doch vor allen daraus ankommt, die Ordnung im Reiche und die Ernährung der Volksmassen sicher zu stellen, geeignet sind für derartige Operationen. Wir glauben, im ganzen Lande wird sich neben maßloser Verblüffung stärkster Widerspruch regen.“



Nichtsdesto weniger kann jetzt erscheinen; der durch Roman-
besten wie „Krieg und Liebe“ à 15 Pf. zu einem
größeren Betriebe gelangte Herausgeber des „kleinen
Journals“ hat ihr Obdach und die nötigen Maschi-
nen, sicher nicht umsonst, zur Verfügung gestellt. —
Es ist immerhin zu begrüßen, daß die Spartakus-
gruppe jetzt ein republikanisches Obdach gefunden hat
und nicht mehr Terroraktionen gegen bürgerliche Blä-
tter zu unternehmen braucht.

Zur Sitzung des Arbeiter- und Bauern-Rates am 15. 11. 18 im hies. Rathhaus geht uns von beteiligter Seite nachfolgendes zu: Herr Winter eröffnete die Sitzung mit einer Begrüßung. Nach kurzer Aussprache wurde zur Tagesordnung übergegangen. 1. Wahl eines Aktions-Ausschusses. 2. Beschlüßfassung über die nächsten Aufgaben. Zunächst theilte Herr Winter mit, daß von Seiten der Landwirte noch Karl Schild 3. vorgeschlagen wurde. Die Versammlung erklärte ihr Einverständnis hierzu. Sodann wurde gewählt: 1. Vorsitz. Rich. Winter, 2. Vorsitz. Wilhelm Nigel. Schriftführer Gg. Schüller. Beisitzer A. Liebig u. K. Schild 3. Sodann wurden folgende Anträge angenommen: 1. Alle durch die Arbeiten des Arb. u. Bauern-Rates entstehenden Kosten trägt die Gemeinde. 2. Zu sämtlichen Sitzungen des Gemeinderats werden 2 Räte delegiert. A. Liebig u. K. Winter und sind dieselben durch die Bürgermeisterei vorschristsmäßig einzuladen. 3. Betr. Kontrolle auf dem Landratsamt ist die Versammlung der Ansicht, daß hierbei nur Kreisbeisitzer eintreten sollen. Im Prinzip ist die Versammlung hiermit einverstanden, im Beschlusse wurde ausgelegt: und zwar so lange, bis sämtliche Arb. u. B.-Räte des Kreises in gemeinsamer Sitzung darüber beraten. 4. Es wurde eine Kommission gewählt, welche auf dem Landratsamt bei Herrn Dir. Beckmüller vorstellig werden soll, um mit ihm über die Lebensmittel- und Kohlenversorgung usw. zu sprechen. Bestimmt wurden hierzu die Herren Winter und Nigel. 5. Bei Verteilung sämtlicher rationierter Waren, welche die Gemeinde beschafft, ist auf Grund der Kundenliste auszugeben. Die Entgegung geschieht auf der Bürgermeisterei. 6. Es wird beschlossen, einen Beamten anzustellen, der die Lebensmittel- und Rationierung usw. sowie sämtl. Hilfskräfte, die bei der Lebensmittel- und Kohlenverteilung tätig sind, beaufsichtigt. 7. Hilfskosten für übrige Lebensmittel und Fleisch für 11

Wiesbaden Tel. 314 Webergasse 10

über. Näheres
Wie haben, ist die 9. 12.